

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zerlagspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechs gespaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Volkswirtschaft und die Verbraucher

Die mannigfachen üblen Erfahrungen in der Zeit unserer wirtschaftlichen Kriegsnöte haben auch die Erörterungen über die Stellung des Verbrauchers in der Volkswirtschaft gewaltig anschwellen lassen. Zeitungen und Zeitschriften aller Parteien und Wirtschaftsgruppen beschäftigen sich fortgesetzt mit der Frage, daneben werden kleinere und größere Bücher über den Gegenstand geschrieben. Hat man auch überall an den wirtschaftlichen Vorgängen während der Kriegszeit mancherlei auszuweisen, so gehen doch die Ansichten über die Stellung des Verbrauchers in der Volkswirtschaft ziemlich auseinander. In einem Artikel Kleinhandel und Verbraucher erklärt die W.-Gladbacher Westdeutsche Arbeiter-Zeitung (der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands) in Nummer 24 vom 11. Juni, das früher ziemlich harmonische Verhältnis zwischen Kleinhandel und Verbrauchern sei schon in den letzten Jahren vor dem Krieg mehr oder weniger einem gereizteren Verhältnis gewichen, weil die ansehnliche Verteuerung der verschiedensten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände die Verbraucher von selbst gezwungen habe, den eigentlichen Ursachen dieses Vorgangs eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Wirklichkeitsinn der breiten Volksmassen sei theoretischen Auseinandersetzungen über die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit nationalökonomischer Grundsätze im allgemeinen abhold: „Um so weniger war zu befürchten, daß unsere Hausfrauen einmal dazu kommen könnten, sich ernstere Gedanken darüber zu machen, ob die Form der Warenverteilung, wie sie im Kleinhandel gegeben ist, die zweckmäßigste sei. Tatsache ist ja auch, daß die breiten Volksmassen ihren täglichen Bedarf bis zum heutigen Tage im sogenannten Kolonialwarengeschäft oder Kramläden decken, im „Warenhaus des kleinen Mannes“. Und es muß auch anerkannt werden, daß bis vor wenig Jahren für die Verbraucher nur selten ein wichtiger Grund vorlag, mit diesem ihrem Warenvermittler besonders unzufrieden zu sein. Der Geist des rücksichtslosen Gewinnstrebens ist allmählich erst im Kleinhandel zur Herrschaft gekommen. Die Auswüchse des kapitalistischen Systems überdeckten auch im Kleinhandel mehr und mehr die zu Großhändlern üblichen soliden Geschäftsgrundsätze. Als schlimme Erscheinung kam noch dazu, daß die Kleinhandels-geschäfte wie Pilze aus der Erde schossen und oft genug den Inhabern derselben jedwede Sachkenntnis zur Ausübung des kaufmännischen Berufes abging. Um so besser verstanden sich gerade diese Elemente auf „versteht pflügende Praktiken.“

Wenn die Verbraucher bis vor etwa 15 Jahren — von da an geschah es schon nicht mehr so allgemein — ihren täglichen Bedarf an Gebrauchsgütern im Kramladen des privaten Kleinhandlers deckten, dann geschah es vor allem deshalb, weil das Volk glaubte, dieser Lage nicht entrinnen zu können, nicht aber darum, weil es die Masse der Verbraucher mit dieser Art der Warenvermittlung zufrieden war. Die Kräftevergeudung, die darin lag, kam den Verbrauchern wohl schon früher zum Bewußtsein. So schrieb der Schneidergeselle Weilling 1842 in seiner Garantie der Harmonie und Freiheit über die „Geld- und Warenkrämerei“:

„Macht euch einmal den Spatz und beobachtet auf euren Spaziergängen alles genau, was das Krämervolk den ganzen Tag in seinen Läden treibt, und vergleicht damit den Gewinn, den sie sich zueignen, so wundert es einen wahrlich nicht mehr, daß Christus bei Betrachtung dieses Unfugs so in Horn geriet, daß er mit Striden darauf los-schlug und das Eigentum derselben nicht respektierte. Der eine hat die Hände über die Kopfjahren gehoben und schreit durchs Lädenfenster, ob ihm keine Kunden vorbeigehen oder ob sonst niemand Miene macht, ihm ins Garn zu geben; ein anderer lehnt am Kontor, hier wieder einer, der kräftig sich hinter den Ohren, noch ein anderer fällt an den Stoffen herum. Hier verstellen, versalben und ver-lüpfeln die einen sorgfältig die Mängel ihrer schlechten Waren, um sie den Blicken ihrer Käufer zu verbergen, dort schreien sich andere die Lunge heißer, um einen mißtrauischen Bauer dranzukriegen und dergleichen... Betrachtet wir an Marktagen die Hunderte von Bauern und Bäuerinnen, die mit ihrem kleinen Kram in die Stadt gehen, um ihn da zu verhandeln. Die meisten kommen mehrere Stunden Weges daher; jeder bringt, was er glaubt los zu werden, niemand aber weiß, was am nötigsten gebraucht wird. Manche müssen deshalb ihre Waren wieder ganz oder teilweise mit nach Hause nehmen, nachdem sie die Zeit unnütz verloren. Wieder andere müssen mit geringem Vorteil, noch andere wohl gar mit Schaden verkaufen, um nur nicht ohne Geld zurückzukehren. So viele tausend Verkäufer und Käufer sich an Marktagen zusammendrängen, so viele tausend Tage oder Stunden gehen auch für die Gesellschaft verloren. Wie sie da sitzen einer an dem anderen mit ihrem kleinen Warenkram, das ist wahrlich spasshaft anzusehen. Wie wollen die Stadt verprovian-tieren, und niemand weiß genau, was sie braucht, drum haben auch Hunderte jeder etwas von ein und derselben Ware, als: Obst, Butter, Käse, Eier, Gemüse und dergleichen. Und für jede dieser besonderen kleinen Quantitäten die vielen Karren, Körbe und Menschen; wenn man allen Käse, alle Butter, alle Eier, jedes auf einem Wagen transportiert hätte — wie dies nämlich im Zustand der Gemeinschaft der Fall sein würde —, so hätte man der Hunderte der verschiedenen Körbe und Säde nicht nötig gehabt, und die Hunderte von Bauern hätten sich nicht zu schinden gebraucht mit dem Einpacken und dem Transport, sie hätten nicht notwendig gehabt, sich halbe Tage lang im Sommer der Hitze und im Winter der Kälte auszusetzen, noch sich des Verkaufs wegen zu kümmern, zu ärgern und wohl gar zu streiten, zu zanken und zu schlagen. Es wäre von den Waren weniger verloren gegangen und weniger zerbrochen worden; die Käufer eben-falls hätten nicht nötig gehabt, ihre Zeit zu verlieren oder sich des schlechten Kaufs oder Betrugs wegen zu ärgern. Auch diese Käufer hätten ihre Hunderte und Tausende von Körben, Säden und Ästen nicht nötig, noch tiefen sie Gefahr, bestohlen zu werden oder ihre Kleider zu beschmutzen oder zu zerreißen. Auf die Märkte müßte ihr gehen und vor den Krämerläden eine Beobachtung machen, da werdet ihr den Unfug der alten gesellschaftlichen Ordnung am leichtesten gewahr. Wenn da nicht ein Licht aufgeht, der muß arg mit dem Star behaftet sein.“

Diese Markt- und Kramlädenbilder, die Weilling so spasshaft darzulegen, machen auch heute noch in unserer Zeit die Kriegswirt-schaftsnöte größer, so wenig angebracht es auch gerade jetzt ist. Erst die wirksam einsetzende Arbeit der Konsumgenossenschaften sogenannter Hamburger oder „sozialdemokratischer“ Richtung hat eine ersichtliche Besserung gebracht, wenn ja auch leider diese Organisationen, so lange sie nicht mit herrschende

werden, den Wirtschaftsgesetzen der annoch überwiegenden Wirtschaftsform nicht ganz entziehen können. Vordem waren die Konsumvereine zu einer Art sportlicher Spielerei geworden, was der Masse der Verbraucher wenig zuzufügen konnte. Erst allmählich wurde die Wirkungsweise der „Hamburger“ wenn auch noch belächelt, so doch in ihren Grundlagen nachgemacht. Doch hatte zum Beispiel W.-Glabbach noch längere Zeit kleinere „selbständige“ Konsum-vereine in verschiedenen Stadtteilen, als schon die „Bezirks-konsumvereine“ der Hamburger Richtung sich auf weitumgreifende Gebiete erstreckten und ihren Mitgliedern dadurch ganz andere wirt-schaftliche Erfolge vor die Augen stellen konnten.

Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung will aber nicht wahr haben, daß jedwede Volksbewegung eben erst dann gründlich befestigt werden könne, wenn der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus getreten wäre. Sie nennt dies „vollständig danebengehauen“. Den „Auswüchsen“ des Systems will sie auch durch die Einführung des Befähigungsnachweises für die Händler entgegnetreten. Da sollte das Blatt doch mindestens erst Klarheit darüber schaffen, ob denn heute die schon „Befähigten“ von den „Auswüchsen“ rein gar nicht mitangefressen worden sind, ob es unter ihnen keine Preistreiber, Wucherer und Spekulanten gibt! Rückhaltlose Anerkennung hat das katholische Arbeiterblatt dagegen in letzter Zeit erfreulicherweise für die segensreiche Wirksamkeit der Konsumgenossenschaften. In dem Artikel Kleinhandel und Verbraucher heißt es am Schluß:

„Die Vertreter des Kleinhandels haben sich meines Wissens bis heute noch nicht zu einer unabweisenden Anerkennung der Existenz-berichtigung der Konsumvereine aufraffen können. Und doch kann niemand ernstlich bestreiten, daß die Konsumvereine eine durchaus reelle Konkurrenz des Kleinhandels darstellen. Noch mehr: die Konsumvereine verkörpern in mancher Beziehung eine höhere Form der Warenverteilung. Nicht nur, daß die Mitglieder des Konsumvereins genaueren Einblick in die Geschäftsbearbeitung haben, sondern sie sind auch mit einem durch ihre eigenen Vertreter selbstgehenden Prozentsatz am Gewinn beteiligt. Mag also eine Genossenschaft mehr oder weniger nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten, sicher ist, daß der Geschäftsgewinn unter allen Umständen wieder in die Taschen der Mitglieder fließt. Wenn sich der Kleinhandel gegen einen solchen Konkurrenten zur Wehr setzen will, dann kann er nichts Besseres tun, als sich auf seine eigenen Schwächen zu besinnen und vor allem dar-auf bedacht zu sein, daß ihm das Vertrauen des Publikums nicht dauernd verloren geht.“

Eine noch kräftigere Unterzeichnung der Bedeutung Konsum-genossenschaftlicher Organisation war in einer Notiz Genossen-schaftliche Gedanken in Nummer 20 des W.-Gladbacher Westdeutschen enthalten. Darin heißt es; daß die Konsumgenossenschaften vor dem Kriege aus politischen, nicht aus sachlichen Gründen vielfach belächelt worden seien, aber die Genossenschaftsidee habe sich gerade während des Krieges glänzend bewährt. Das verbürge uns auch eine erhöhte genossenschaftliche Tätigkeit nach dem Kriege, wenn der Staat und die Städte ihr Warenvermittlungsamts aufgeben müßten. Und am Schluß wird gesagt:

„Für das Volk heißt es nach dem Grundsatz der „Medischen Pioniere“: „Das eigene Geschäft in die eignen Hände zu nehmen“, das heißt die Produktion und den Konsum selber zu übernehmen. Wäre der sich jährlich auf Milliarden belaufende Gesamtumsatz in unserm Warenkonsum vor dem Kriege ausschließlich durch genossen-schaftliche Organisation erzielt worden, so hätte zum mindesten der Wucher die müßte Preistreiberei, wie wir sie leider erleben mußten, nicht plagreifen können. Aus dem Grunde schon, weil eine starke Konsumtenorganisation auch während dieses Krieges die Produktion hätte beeinflussen können durch eine ausgeübte Eigenproduktion. Neben der Erzielung einer ausgedehnten Eigenproduktion, ohne die die Genossenschaften ihren Zweck nicht erfüllen, ist der Besitz zins-freier Eigenkapitals zu erstreben. Neben den sozialwirtschaftlichen Zielen seien noch die sittlichen Werte der genossenschaftlichen Organi-sationen erwähnt. Es soll eine der vielen Lehren, die wir aus dem Kriege gewonnen haben, sein, daß noch weit mehr als bisher der gewaltige Lebensmittelkonsum jetzt und besonders nach dem Kriege genossenschaftlich organisiert werden muß.“

Das „Prinzip“ unserer Volkswirtschaft soll aber doch wieder von der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung gerettet werden, wie aus dem Anfang der Bemerkung hervorging. Es hieß da nämlich:

„Wie groß ist das Maß von sozialpolitischer Erkenntnis, das uns einzig das Erleben dieses Krieges vermitteln konnte! Es sei hier nur an die Tatsache der gänzlich geänderten und heute als im Prinzip für gut erkannten Wirtschaftsform erinnert. Die Waren-vermittlung indes hat eine gänzlich veränderte Form an-genommen. Vor dem Kriege kaufte man beim Krämer und Detail-läden, beim Großkaufmann und in den Warenhäusern, deren wesent-liches Interesse der Erwerb war. Nur verhältnismäßig wenige Kon-sumenten der deutschen Bevölkerung hatten in rechter Würdigung der sozialen Vorteile einer genossenschaftlichen Warenverteilung schon vor dem Kriege den Wert des organisierten Konsums erkannt.“

Wir meinen aber, daß die Bevölkerung in der Kriegszeit nicht nur manches Haar an der Art der Warenvermittlung ge-funden hat, sondern auch am Erwerbstraben bei der Güter her-stellung. Denn die Herstellung der Bedarfsgüter in Industrie und Landwirtschaft ist doch geradezu auf dem Erwerb als dem wesent-lichen Zweck bei der Betriebsamkeit ausgebaut wie der Handel. Die Trennung ist da nicht gerechtfertigt. Aus der Bemerkung der West-deutschen Arbeiter-Zeitung geht ja auch hervor, daß sie das „Prinzip“ doch nicht für so gut halten kann, denn der sich jährlich auf Milliarden belaufende Gesamtumsatz im deutschen Warenverbrauch will ja nach dem Rausch des Wettes der genossenschaftlichen Eigenherzeugung zugeleitet werden! Wäre es schon vor dem Kriege geschehen, dann hätte, wie uns gesagt wird, der Wucher nicht plagreifen können. Da muß es doch also mit dem „Prinzip“ unserer Wirtschaftsform, mit dem Gewinn als treibendem Kern bei der Güterherstellung auch nicht recht stimmen.

In der Tat können die Händler mit Zug über Unrecht klagen, wenn sie allein verkrampft werden sollen, während das Gewinnstreben bei der Herstellung der Güter weiter zum Schaden der Allgemeinheit wirksam bleiben soll. Da heißt es vielmehr: wenn schon, denn schon, und was dem einen recht, ist dem andern billig.

### Die Technik als Förderin unserer Bewegung\*

Von Josef Kuth (München).

Die ewigen Gesetze des Geistes bezeichnen die Bahn, auf welcher die Menschheit fortzuschreiten hat. Es ist dieselbe Bahn, auf welcher der Mensch zum Menschen geworden ist und auf der er vorwärts mühte, selbst dann, wenn er nicht wollte. Im Kampf ums Dasein, der nur Sieg oder Unter-gang kennt, ist der Fortschritt eine Naturnotwendigkeit. (Wirth, Garmerte)

Mer Fortschritt, den wir Menschen in kultureller Beziehung erringen, gründet sich auf die Entwicklung der Technik. Wo immer sich die größte Kunstfertigkeit, die beste Technik im Ausstreiten des Daseinkampfes des Menschen offenbarte, da zeigte sich zugleich die größere wirtschaftliche Überlegenheit. Der Urmench, der zuerst die Wirkung des Hammers erkannte, war dem voraus, der den Stein nur in der Hand festhielt und damit seine Schläge führte. Die Erfindung des Hammers führte damals zu einer ebenfolgenden Über-legenheit, wie die Erfindung der Dampfmaschine jahrtausende später sich den rein physisch wirkenden Kräften überlegen zeigte. Vom jeweiligen Standpunkt der Kultur betrachtet ist nichts in der Welt unbedeutend. Der eine wie der andere Vorteil in der Ausnützung der Kräfte gibt den Anstoß zu neuen Formen des Wirtschaftslebens, das neue Bedürfnisse, neue Erscheinungen hervorbringt und diese wiederum zeitigen neue technische Hilfsmittel. In einem nicht enden wollenden Verlauf vollzieht sich diese Entwicklung heute nur rascher, weit besser beobachtet und ausgenützt und daher mächtiger als bei unseren Vorfahren. Wirtschaft und Technik aber stehen in innigem Verhältnis zueinander; sie ergänzen einander und setzen einander voraus. Vereinzelt hat keines von beiden Bestand.

Wenn man heute auf 25 Jahre Entwicklung unserer Organisation zurückblickt, dann verlohnt es sich auch, dem Einfluß einige Betrach-tungen zu widmen, den die Tätigkeit auf unser wirtschaftliches und soziales Dasein ausübt. Es ist gewiß nicht maßlos, zu behaupten, daß gerade die Technik die Voraussetzungen unserer Organisation schuf, daß sie fortwährend den Weg der Organisation mitbestimmend beeinflusste.

Von der Entwicklung der Technik hängt es ab, welche Hilfs-mittel eines Landes der Ausbeutung fähig sind; die Dichtigkeit der Bevölkerung wird von den Hilfsmitteln und der Technik gleichgültig bedingt. Im 17. Jahrhundert wurden bekanntlich die Grundlagen zur neueren Naturerkenntnis geschaffen. Ein volles Jahrhundert später war es möglich, durch sie die angewandte Mechanik und die chemische Technologie so zu beherrschen, daß die allmähliche Heraus-bildung einer wissenschaftlich-gewerblichen Technik ermöglicht wurde. Das begünstigte freilich den gewerblichen Kapitalismus, der sich bis dahin mit der erfahrungsmäßigen Technik befaßt hatte, die das Jahrhundert herausgebildet hatte. Bis in das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts bestand in der Eisenerzeugung das sogenannte Ger-friedrich, ein wenig ergiebiges Verfahren, das 1784 durch das Puddel-verfahren verdrängt wurde. Von da an begann die ungeheure Entwicklung und Ummwälzung in der Eisenindustrie. Das beeinflusste natürlich das wirtschaftliche Leben jener Zeit ganz gewaltig und brachte zugleich eine Neugestaltung des Wirtschaftsrechtes mit sich. Die alten patriarchalischen Bande zwischen Meister und Geselle zer-rissen mehr und mehr. Und wie durch jede große technische Entwic-klung die persönliche Freiheit gefördert wurde, so auch hier. Der Lohnarbeiter, der nunmehr in immer größerer Zahl auftrat, befand sich nicht mehr in der persönlichen Abhängigkeit, in der sich sein Berufsvorwahr befunden hat. Er wurde persönlich freier, nur die Sorge um die Erhaltung seines Daseins legte ihm Schranken in wirtschaftlicher Beziehung auf, nötigte ihn zum Anschluß an wirt-schaftlich begünstigtere, um dort seine Arbeitskraft anzubieten.

So zunächst in England, das die Natur mit Hilfsmitteln sehr reichlich ausgestattet hatte. Die persönliche Freiheit des einzelnen, verbunden mit einer ungestüm vorwärtigen drängenden Technik und den wachsenden wirtschaftlichen Anforderungen der wackeren Zeitgenossen bald ein Verhältnis starker, sich widerstrebender Kräfte. Der mächtig er-starkte industrielle Kapitalismus, der die Gesetze der Kultur schrankenlos ausnützte, fand mit steigender Entwicklung ein sich seiner Kraft bewußt gemordenes Proletariat, das ebendem in dumpfer Gleichgültigkeit dahinlebte. Die Gewervereine, die in früheren Zeiten unmöglich gewesen wären, denen die Voraussetzungen mangelten, wurden nunmehr ein sehr beachtliches Gegengewicht.

Weit später setzte die gleiche Bewegung auch in Deutschland ein. Hier war die Natur nicht ganz so gütig gewesen wie in England. Wohl fehlte es nicht an gleichwertiger Rohle, aber die deutschen Eisenerze eigneten sich weit weniger als die englischen zu einer er-giebigen Ausnützung. Bessermers Erfindung hatte England einen neuen, gewaltigen Vorsprung gegeben; da gelang es 1878 dem Engländer Thomas insofern Ausbeutung der Schmelzgefäße mit einem basischen Futter, die phosphorhaltigen Eisenerze in hohem Grade auszunützen. Damit war es auch Deutschland möglich, die Erzlager in Luzemburg und Lothringen auszunützen und in der europäischen Eisenindustrie eine führende Stellung einzunehmen. Vorher schon hatte die industrielle Entwicklung die alten Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter heftig gelockert. Ein neues Wirtschaftsstadium war vorbereitet und auf dem Wege. Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften brachte die Notwendigkeit der vollen Frei-ligkeit mit sich, die bisher stark beeinträchtigt war. Notwendig war aber auch das Recht der Vereinigung, der gewerlichen Koalition, die dem einzelnen, machtlosen Arbeiter Schutz und Bestand leihet.

Karl Marx hat die revolutionäre Bedeutung der Technik, sowohl in ihrem Bestehen, den Produktionsprozess wie auch die menschliche Gesellschaft fortgesetzt zu verändern, klar erkannt. „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als endgültig. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse

\* Dieser Aufsatz wurde für die Jubiläumsummer geschrieben, konnte darin aber wegen Raumangel nicht untergebracht werden. Schriftleitung.

und andere Verfahren wählt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutionariert damit ebenso beständig die Leistung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionsprozess in den anderen. Wollte der Arbeiter dieser Entwicklung gegenuber nicht willenlos dastehen, wollte er nicht ein passives Glied dieser Umwaltungen bleiben, dann genügte es nicht auf eigene Kraft und Kenntnisse sich zu verlassen, sondern er müsste in demselben Maße mit der größeren Summe von Energie die Dinge beeinflussen helfen, wie die mannigfachen Kräfte der Natur auch nur zusammen eine größere Wirkung erzielen konnten. Mit Gleichgestellten und Gleichgesinnten müsste der Arbeiter versuchen, ein sicheres, klares Ziel zu verfolgen. Es entstand die deutsche Arbeiterbewegung.

Zunächst rang diese Bewegung nach Idealen. Die fortschreitende Technik aber, die in ihrem ganzen Wesen nach Wahrheit und Wirklichkeit drängt, zwang auch die Arbeiterbewegung sich mehr den realen Dingen zuzuwenden. In der gewerkschaftlichen Betätigung fand sie ihren weiteren praktischen Ausdruck. Die Arbeiterverhältnisse und das Arbeitsrecht packten sich erst nach und nach den neuen Verhältnissen an. Eine günstige Entwicklung hier zu fördern wurde die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Solange es Deutschland an der Ausnutzung seiner wirtschaftlichen produktiven Kräfte mangelte, bewegte sich sein geistiges Leben und Drängen im Luftreich der Ideale. Mit dem Erstarken der Industrie erwachte auch das Interesse an den mehr wahrbaren Werten unseres Lebens samt seiner vorteilhaften und seiner weniger wünschenswerten Folgen. Die liberale Methode des "Lat es laufen wie es läuft!" hatte bei uns erfreulicherweise nur eine kurze Spanne Zeit Geltung. An ihre Stelle trat ein Drängen nach bewusster Beeinflussung der treibenden Kräfte, um, was dem einen nützlich, dem anderen nicht zum Schaden gereicht zu lassen. (Schluß folgt.)

### Von unserer Jubiläumsfeier

Der Vorstand beging die Jubiläumsfeier am 1. August mit den im Hauptbüro angeordneten Beamten, den Bezirksleitern und dem Ausschuss in einer würdigen Vormittagsfeier und durch eine den ersten Zeiten angepaßte Abendunterhaltung. Vom Ausland waren zu der Feier erschienen als Vertreter der skandinavischen Metallarbeiterverbande der Vorsitzende Kollege Hansen vom dänischen Verband, als Vertreter des sterreichischen Metallarbeiterverbandes Kollege Domez und als Vertreter des ungarischen Metallarbeiterverbandes Kollege Wanczai. Anwesend waren ferner Abordnungen verschiedener großer Verwaltungsstellen des Verbandes.

Der schweizerische, norwegische und schweizerische Metallarbeiterverband hatten gleichfalls die Absicht, einen Vertreter zu senden, konnten diese Absicht jedoch wegen der Ruckschwierigkeiten nicht zur Ausführung bringen.

Die Hauptrede in der Vormittagsversammlung hielt Kollege Reichel, von dessen Ausführungen wir folgendes wiedergeben:

Am Ehrentage des Verbandes, der zugleich mit dem des Kollegen Schlicke zusammenfällt, geziemt es sich, der Entwicklung des Verbandes und seinen Aussichten für die Zukunft zu gedenken. Die Gewerkschaftsorganisationen sind längst aus dem engen Kreis der Berufsaufgaben herausgetreten und haben kraft ihrer Stärke und ihrer Leistungen die öffentliche Anerkennung mehr und mehr erlangen können. Eine große Summe von Arbeit ist geleistet worden, um den Verband auf seinen heutigen Stand zu bringen. Jetzt kann sich der Verband auf seine Erfolge stützen, diese bilden auch eine große Anziehungskraft. In den ersten Lebensjahren des Verbandes war die persönliche Ueberzeugung das einzige Bindeglied unter den Mitgliedern. Dem Verband die Treue zu bewahren, war nicht leicht. Rücksichtslos verfolgte das Unternehmertum jeder, der sich für das Wohl der Allgemeinheit einsetzte. Der größte ideelle und moralische Erfolg des Verbandes ist die Juridizierung der Maschinen- und Bergbauarbeiter und die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1899 auf der Generalversammlung in Halle. Obwohl die Hilfeleistung des Verbandes für seine Mitglieder aus sozialer Not und Bedrückung bereits vorher ein Programmwort war, so kam er doch erst von da an zur vollen Verwirklichung. Glänzend hat der Verband die für die damalige Zeit grundsturzende Aenderung überstanden und sich kräftig weiterentwickelt. Auch die zu gleicher Zeit einsetzende Beseitigung der Fachsektionen und der Uebergang zur gemeinsamen Verwaltung in den Industriezweigen hat in Verbindung mit der dadurch geschaffenen Möglichkeit der Anstellung von Agitationsbeamten viel zur Förderung des Verbandes beigetragen. Der Verband wurde und breitere sich trotz der scharfen Gegenwirkung des Unternehmertums von Jahr zu Jahr aus. Es kann gesagt werden, daß die von den Unternehmern beliebte Anspannungspolitik viel zur Ausbreitung des Verbandes und der Hebung seiner Leistungsfähigkeit beigetragen hat.

An den Arbeiten und Erfolgen des Verbandes nahm unser Kollege Schlicke zuerst als Sekretär bis zum Jahr 1895 und von da an als erster Vorsitzender des Verbandes teil. Soweit die Kraft eines Einzelnen ein Werk zu leisten und zu fördern vermag, ist von ihm alles geschehen. Als Sekretär des internationalen Metallarbeiterbundes hat Schlicke sehr viel zur Verbandsbildung und zum Zusammenarbeiten der Organisationen in den vandern Europas beigetragen und wie man heute schon sagen kann, die gewerkschaftlichen internationalen Verbindungen der Metallarbeiter über den Krieg hinausgeleitet.

Zum Zeichen der Anerkennung überreichte der Vorstand dem Kollegen Schlicke ein künstlerisch ausgestattetes Album mit einem Gedankentafel des Vorstandes, Ausschusses, Beirates und der Schriftleitung, dem weiteren Gedankentafel der skandinavischen, der österreichisch-ungarischen Verbände und des schweizerischen Verbandes beigefügt sein.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß alle die, die bisher an dem gemeinsamen Werk gearbeitet haben, in ihrem Eifer fortzufahren und dem Verband zu einem immer wachsenden Wohlstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung verhelfen mögen.

Kollege Hansen aus Kopenhagen überbrachte Grüße und Glandwunsche der skandinavischen Organisationen. Hansen wies auf den seit langen Jahren bestehenden Zusammenhang zwischen dem dänischen und dem deutschen Metallarbeiterverband hin und betonte, daß der Aufstieg der deutschen Metallarbeiter für die Vereinigten in Dänemark von großer Bedeutung gewesen sei.

Der Kollege Domez aus Wien überbrachte die Glandwunsche der sterreichischen und ungarischen Metallarbeiter. Domez präs die Solidarität zwischen den Verbänden und galt dem Kollegen Schlicke für seine Tätigkeit auf internationalen Gebiet hoes Lob. Als Zeichen der Anerkennung überreichte die Verwaltung des österreichisch-ungarischen Metallarbeiterverbandes ein künstliches Geschenk.

Auch von anderer Seite erhielt der Kollege Schlicke als Anerkennung für seine Tätigkeit Geschenke.

Der schweizerische und der niederländische Metallarbeiterverband betonten in Zuschriften den innigen Zusammenhang der Metallarbeiter der Schweiz und der Niederlande mit denen Deutschlands. Aus Deutschland selbst liefen eine Reihe von Glandwunschschriften und Telegrammen zum Jubiläum des Verbandes ein.

Kollege Schlicke dankte zunächst für alle ihm gewidmeten Anerkennungen und gedachte dann der im Felde befindlichen Kollegen und der Gefallenen, daß der Hoffnung Ausdruck, daß die internationalen Verbindungen nach dem Krieg, dessen baldige Beendigung alle herbeiwünschen, wieder aufleben werden. Er schloß die würdig verlaufene Feier in dem Gedanken, daß der Metallarbeiter-Verband weiter blühen und nach Abschluß des schrecklichen Vollerkrieges lebhaft gedeihen möge zum Wohl und Segen der Arbeiterschaft.

### Festgedicht.

Zur Feier des 25jahrigen Bestehens vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, verfaßt und als Prolog zur Festversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart und Umgebung am 29. Juli vorgelesen von Xaver Rudolphi.

Wenn wir im Buche der Erinnerung blatttern,  
In diesem Album der Vergangenheit,  
So werden keine halberblahnten Letzern  
Im Herzen Wehmut und verhat'nes Leid.  
Am geistigen Auge ziehen jene Tage  
Voruber, die das Schicksal uns doreinst  
Vergant und die trotz harter Arbeit Mu und Plage  
Doch wenigstens ein Vollertriede hat verschönt!  
Schier machendhaft erscheinen heute jene Zeiten,  
Da unser Leben friedlich gliht dahin,  
Da wir am Schönen, Edlen uns erfreuen,  
In neuem Werden und an neuem Wohn.  
Nun liegen hinter uns zwei furchtbarste Jahre,  
Zwei Jahre Krieg, zwei Jahre Unnahr:  
Wir stehen trauernd an der Wahre  
Der Menschlichkeit und der Kultur.  
Statt neuem Werden immer neues Sterben,  
Der jungen Wulle, die sich wagt ans Licht,  
Folgt auf dem Fuße das Verderben,  
Und immer noch nicht ist der Tag in Sicht,  
In dem die Sonne wieder durch die Nebel bringt,  
In welchem endlich dieses Grauen endet —  
Der Tag, der u n s e r Kriegsziel in Erfüllung bringt  
Indem er uns den lang ersehnten Frieden spendet....

In mancher Brust mag sich ein Zweifel regen,  
Ob solche Zeiten wirklich dazu angetan,  
Sich heut im festlichen Gewande zu bewegen.  
Und mancher hält ein solch Gehabes für profan.  
Jedoch man soll die Feste feiern wie sie fallen:  
Und „ute mehr denn je besteht das Recht,  
Sogar die Pflicht, den geistigen Tribut zu zahlen  
An den Verband zu seinem Ehrentag.  
Gerade jetzt, wo in dem menschlichen Geschlecht  
Die Zwiespacht Orgien feiert Tag für Tag,  
Darf ein Moment wohl feierlich uns stimmen,  
Das uns erinnert, daß trotz Wehrend und -streit  
Doch noch die Funken u n s e r e r Einigkeit  
Unter der Asche stetig weiterglimmen.  
Wohl ziemt sich's nicht, in der gewohntesten Weise  
Das Wiegenfest zu feiern wie in früherer Zeit.  
Wo wir so oft versammelt in gar munitem Kreise,  
Wo sich der Ernst gepaart mit heiterer Frohllichkeit.  
Die heitre Note läßt sich heute misen,  
Der Ernst regiert die Stunde um so mehr. — — —  
Zuwoberst läßt uns die jernere Gräber grüßen  
Der Kameraden, die mit uns lechter  
Das Wort des Verbandes hochgehalten,  
Der Kameraden, die mit uns gekämpft  
Das Leben lebenswertiger zu gestalten,  
Und dieses Leben nun mit gleichem Pflichtgefühl  
Geopfert jenem andern Feld der Ehre.  
So senden wir denn die umflorte Fahne still  
Als letzten Gruß und wehren nicht der Jahre,  
Die unjer Auge feuchtet im Gedanken  
An jene vielen, die so früh zu Grabe sanken. —

Nachdem wir so den schuldigen Tribut erwiesen  
Den lieben Toten, mahnet uns die Pflicht  
An jene, welche noch die Reihen führen,  
Die noch des Krieges ganzes Schwerkergewicht  
Auf ihren abgeplagten Schultern tragen  
Mit der bewundernswertesten Geduld  
Und mit dem heldenmutigsten Entgegen.  
Nicht abzutragen ist die Dankeschuld,  
Die uns belastet für dieses Maß von Treue,  
Für dieses Uebermaß an Opfermut,  
Womit sie jeden Tag aufs Neue  
Ihren gesunden Leib verpfunden und ihr Blut,  
Auch ihnen sei ein stiller Gruß geweiht,  
Und wie sie in Gedanken wohl verweilen  
Geht unter uns, so lat voll Dankbarkeit  
Auch uns im Geiste in ihre Riege eilen  
Und bruden ihre rauhe Kriegerhand.  
Der Gruß soll lauten: Auf ein baldig Wiedersehen  
Im Heimalande und auch im Verband!...  
Das sind so die Gefühle, die durchwehen  
Mit jenen Hoffen's jenseits Vollerhoffung  
Die Brust der Festgenossen an dem heutigen Tag.  
Der Zufall will, daß der Geburtstag des Verbandes  
Zeitlich mit einem anderen zusammenfällt:  
Nämlich mit dem des Kriegszugewandes,  
Der nun zum zweitenmal Geburtstag hält.  
Dort ein Gedanktag der Vernichtung,  
Hier ein Gedanktag der Kultur.  
Daraus ergibt sich wohl von selbst die Richtung  
Für unser Streben und die rechte Spur:  
Auch unser Hoffen geht in diesem Kriege  
Auf einen vollen Sieg und zwar,  
Daß endlich die Vernunft obzige  
Und daß der Wahnsinn, der den Krieg gebar,  
Für alle künftigen Zeiten unterliege!

Mit unserer Befriedigung handelt unser Mu  
Noch einmal zur Vergangenheit zurück:  
Vor funfundzwanzig Jahren ward ein ganzes Reis  
Geplant in dem Gewerkschaftsgebiet,  
Und es gelang dem gutzerrigen Fleiß,  
Das Wünschen so zu pflegen und zu weiden,  
Daß man der Erde gleich am Radesbaum  
Es seine Roste wiegt im Himmelsraum.  
Und wie der schönste Efeu und des Sommergrun  
Rend' sich an seinen Stamm die Dignitat,  
Die Solidarität der echten Mannesbrude.  
In manchen Stamm erriecht er seine Roste;  
Doch er jedoch dem Helikon hielt stand,  
Der ihn erblutern konnte, doch nicht linden,  
Das lat uns voll Vertrauen in die Zukunft bilden  
Für diesen Raum — für den Verband!

### Ein Nachwort über die Ausstattung unserer Festnummer.

Sehen vor Jahren geschah es, daß unter Kollegen gelegentlich die Rede darauf kam, wie das 25jahrige Bestehen des Verbandes wohl gefeiert werden solle. Leider fand durch den Krieg die schonen Pläne so ziemlich gänzlich vernichtet worden und in der Grundstimmung aller Verbandsmitglieder herrscht die Besinnung über das Unglück vor, das

der Krieg über die ganze Welt gebracht hat, allerdings verbunden mit einem gewissen Stolz über die Zuversicht, daß es dem Verbands gelingen werde, nach Friedensschluss in derselben Weise für das Wohl seiner Mitglieder einzutreten wie bisher. Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, auch in unserer Festnummer diese Grundstimmung wiederzuspiegeln. Ernst ist ihr Inhalt, ernst ihre Ausstattung. Die Kriegszeit bedingte ferner, daß wir sie nur acht Seiten stark machen konnten, sonst hätten wir sie wie unsere früheren Festnummern mindestens 16 Seiten stark gemacht und der Bedeutung des Ereignisses noch besser gerecht werden können. Die zeichnerische Ausstattung ist diesmal nur für Schwarzdruck berechnet worden. Eine farbige Ausgabe wird nicht erscheinen; es ist nur eine geringere Zahl von Flachdruckabzugen auf besserem Papier zu haben, auf die wir namentlich die Kollegen aufmerksam machen, die die Zeitung einbinden lassen. So einfach und so selbstverständlich die Mandatfassung der Seiten in der Festnummer erscheinen, so haben sie doch mehr Arbeit und Kopferbrechen gemacht, als man ihnen jetzt ansieht. Besonders war es bei den 28 Kassendern der Fall. Es lag nahe, in diesen Abzeichen die in unserem Verbands vertretenen Berufe anzubringen. Das war leicht bei solchen Berufen, bei denen sich durch die Ueberlieferung schon bestimmte Abzeichen eingebürgert haben, die allseitig anerkannt werden, obwohl sie die Berufe in ihrer heutigen Vielfältigkeit nur ungenugend kennzeichnen, zum Beispiel bei den Formern, den Maschinenbauern, den Schmiedern, den Schlossern, den Feilenarbeitern, den Klempnern, den Zinggieern, den Goldarbeitern, den Graveuren usw. Schwieriger war es bei den Berufen, die sich erst in neuerer Zeit entwickelt haben und in denen es an einer solchen Ueberlieferung fehlt, wie bei den Drehern, den Flugzeugarbeitern, den Arbeitern im Kraftwagengewerbe, den Vertikarbeitern, den Motorenlegern usw. Da haben wir uns zwar in derselben Weise zu helfen gesucht, wie es bei den anderen Berufen üblich ist: wir haben entweder ein Werkzeug oder ein Erzeugnis zum Zeichen gewählt, das uns für den Beruf als besonders bedeutungsvoll erschien. Das wird natürlich nicht der ganzen Vielfältigkeit des Berufes gerecht, die Kollegen mögen aber bedenken, daß dies ebensoviele bei den alten Berufen der Fall ist, wo man schon eingebürgerte Abzeichen hat. Wir müssten ohne Vorbilder schaffen. Erleichtert wurde dies jedoch durch das Verständnis, mit dem der Zeichner auf unsere Andeutungen und Wünsche eingegangen ist. Vielleicht ist aber diese Arbeit doch nicht ganz unnutz gewesen, indem man bei anderer Gelegenheit auf sie zurugreifen kann. Allerdings: alle Berufe im Metallgewerbe haben wir nicht berücksichtigen können. Wir bitten die betreffenden Kollegen, das mit dem Mangel an Raum zu entschuldigen. Die Verbände, die nur einen einzigen Beruf umfassen, haben es leichter; sie brauchen nur ein Abzeichen. Das kann man, wenn man will, als einen Vorteil betrachten. Wir sehen bei dieser Gelegenheit aber auch, wie viele verschiedene Verbände wir haben müssten, wenn wir statt des umfassenden Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für jeden Beruf seinen „Branchenverband“ hätten.

### Dank.

Aus Anlaß des 25jahrigen Bestehens unseres Verbandes sind dem Vorstand Glandwunsche von einer großen Anzahl Verwaltungsstellen, von Mitgliedern des Verbandes, von Kollegen aus dem Felde, den Bruderorganisationen des neutralen Auslandes und von Österreich, Ungarn, von den Gewerkschaften Deutschlands und einer Anzahl Parteigenossen zugegangen.

Der Vorstand spricht allen, die an diesem Ehrentage unseres Verbandes uns ihre Glandwunsche dargebracht haben, auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank aus. Der Vorstand

Auch mir sind anlässlich meiner 25jahrigen Tätigkeit als Verbandsangestellter so viel Beweise unerschütterlichen Vertrauens und besonderer Wertschätzung aus Kollegen, Freunde- und Bekanntenkreisen zugegangen, daß es mir unmöglich ist, allen den meinem Empfinden so nahe stehenden Spendern auf brieflichem Wege zu danken.

In dem so liebevollen Gedanken auch meiner Person erblicke ich aufs neue die Bestätigung des ersten Willens, einig im Wollen und Handeln auch für die Zukunft zusammenzutreten. Ich werde das mir entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen versuchen. Allen Spendern aufrichtigst dankend, verbleibe ich nach wie vor der Alte.  
Mit kollegialem Grüß  
Stuttgart, 5. August 1916. Alexander Schlicke

### Aus dem Kriegsausschu für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Der Schlosser B. aus einer Spandauer Werkstatt bittet einen Kriegsgesellen, weil ihm Arbeiten übertagen sind, die seiner bisherigen Tätigkeit als Schlosser in keiner Weise entsprechen. B. hat in anderen Betrieben auf Werkzeugzeuge gearbeitet und wurde nun in diesem Betriebe auf Arbeiten beschäftigt, die ungerade für Ausschloer in Frage kommen. Es wird allseitig anerkannt, daß B. nicht an der richtigen Stelle steht, und da in diesem Betrieb für ihn geeignete Arbeit nicht hergestellt wird, erhält er den Kriegsgesellen.

45 Formern von der Firma S. fordern den Kriegsgesellen, weil ihre Forderung von 10 Hundertstel Erhöhung der Verdienste nicht anerkannt war. Die Firma ist bereit, 5 Hundertstel zu geben. Nach längerer Aussprache erklärt sich die Kommission der Formern bereit, dieses Zugeständnis den übrigen Formern zur Annahme zu empfehlen.

12 Ruer von der Firma S. wollen den Kriegsgesellen, weil sie in der letzten Woche geringeren Verdienst hatten als vorher. Es stellt sich jedoch heraus, daß die Ursache des geringeren Verdienstes nicht durch Maßnahmen der Firma veranlaßt ist. Die Ruer hatten vor acht Tagen beschlossen, allesamt „in Kommune“ zu arbeiten. Die Firma hatte ihr Einverständnis dazu gegeben. In der ersten Woche dieses Arbeitens waren die Ruer nun nicht zu ihrem gewohnten Verdienst gekommen. Die Firma erklärt, daß sie nichts dagegen hat, wenn die gemeinsame Arbeit wieder aufgehoben wird, so daß dadurch der frühere Verdienst wieder erreicht werden kann. Vom Kriegsausschu wird jedoch den Ruern empfohlen, zunächst noch einmal einen Versuch mit ihrer neuen Arbeitsmethode zu machen, und erst, wenn dann kein besseres Ergebnis erzielt wird, sollen sie zu ihrer früheren Arbeitsmethode zurückkehren.

Von der Firma S. & G. ergeht ein Mandat an den Schlosser K. und will den Kriegsgesellen, weil er seiner Meinung nach zu Unrecht nach Hause geschickt worden ist. Die Verhandlung ergab, daß K. häufig des Morgens zu spät kommt, und um ihm das abzugewöhnen, hat die Firma dem Mandanten, als er wieder einmal zu spät kam, den Eintritt in den Betrieb verweigert und ihm aufgegeben, 2 Stunden später zu kommen. Da K. den Sachverhalt zugeben muß, wird sein Verlangen auf Erteilung des Kriegsgesellen als unberechtigt zurückgewiesen.

Der Dreher B. von der Firma B. will aufhören, weil er seiner Meinung nach zu wenig verdient. Da aber festgelegt wird, daß andere Dreher bei gleicher Arbeit bis zu 1,20 M die Stunde verdienen, wird die Erteilung eines Kriegsgesellen abgelehnt.

Die Schmiede von der Firma S. (90 Mann) wollen einen Kriegsgesellen, weil sie mit ihrem bisherigen Verdienst nicht mehr zufrieden sind und die Firma es ablehnt, mehr zu zahlen. Es wird festgelegt, daß die Firma bereit ist, den sogenannten Feiern (bei dieser Firma auch gelehrte Schmiede) 5 Hundertstel Zulage zum Verdienst zu geben. Schließlich wird vom Kriegsausschu der Vorschlag gemacht, daß die Parteien im Betrieb nochmals verhandeln,

und zwar auf der Grundlage, daß auch den Schirmmeistern der gleiche Zuschlag gegeben wird. Die Parteien erklären sich hierzu bereit.

Von der Firma Sch. erscheinen 67 Mitglieder und wollen eine Aufbesserung ihrer Arbeitspreise oder einen Kriegsschein. Die selbstgestellten Verdienste sind derartig, daß dringend eine Aufbesserung nötig ist. Da aber verschiedene Punkte noch nicht genügend geklärt sind, wird den Parteien aufgegeben, im Betrieb nochmals zu verhandeln.

Der Schlosser R. bei der Firma B. verlangt die Ausfertigung des Kriegsscheins, weil er bei Arbeitern keinen richtig angefertigten Arbeitszettel erhält. Da er nur 80 % Abschlagslohn hat, glaubt er, daß sein Verdienst bei der betreffenden Arbeit auch in Afford nicht erhöht wird. Die Firma erklärt sich bereit, den Abschlagslohn von 80 % auf 1,04 M zu erhöhen. Damit ist der Schlosser R. einverstanden und arbeitet weiter.

Der Betriebschlosser Sch. von der R. G. in Spandau beantragt den Kriegsschein, weil er mit dem Lohn von 85 % nicht auskommen kann. Sch. ist verheiratet und hat seine Familie answärts wohnen. Der Kriegsaussschuß sieht das Verlangen des Sch. als berechtigt an, die Firma erklärt sich auch bereit, Zulage zu gewähren. Aber erst müßte doch Sch. die Zulage beantragen, was bisher nicht geschehen ist. Sch. wird empfohlen, von der Firma eine Zulage zu verlangen.

16 im Werkzeugaub der Firma L. & Co. in Charlottenburg beschäftigte Metallarbeiter verlangen die Ausfertigung des Kriegsscheins, weil die Firma die verlangte Erhöhung der Löhne abgelehnt hat. Es wird durchweg in Lohn gearbeitet. Die Firma hat erst vor einigen Wochen eine Lohnzulage von 5 Stundenlohn bewilligt und will deshalb eine weitere Erhöhung der Löhne nicht sofort eintreten lassen. Da die Tätigkeit der Arbeiter und auch ihre Löhne sehr verschieden sind, ist der Kriegsaussschuß der Auffassung, daß eine allgemeine Regelung so nicht erfolgen kann. Die Sache wird zur erneuten Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen, nachdem die Firma sich bereit erklärt, über Vorschläge mit den Arbeitern im einzelnen zu verhandeln.

Der Dreher K. von der Firma M. in Legel beantragt den Kriegsschein, weil er wegen einer Kniegelenkentzündung nicht die Nachschicht ausfallen kann. Die Firma erklärt sich bereit, K. vorübergehend in Tagelohn zu lassen, und zwar so, daß K. drei Wochen hintereinander Tagelohn arbeitet. Damit ist K. einverstanden.

Der Werkzeugaub R. von der J. & Co. in Charlottenburg verlangt den Kriegsschein, weil ihm der Lohn von 1,40 M die Stunde zu gering ist. R. ist erst seit dem 12. Juli bei der Firma beschäftigt und hat sich mit einem Einstellungslohn von 1,30 M einverstanden erklärt. Inzwischen hat er schon 10 % Zulage erhalten. R. wird mit seinem Antrage abgewiesen. Der Kriegsaussschuß steht auf dem Standpunkt, R. hätte nicht für 1,30 M anzufangen brauchen, wenn ihm der Lohn zu gering war.

Der Dreher W. bei Sch. & D., Baumjuchentweg, verlangt den Kriegsschein, weil er die lange Fahrt nicht aushalten kann. Der Betrieb war früher in der Nähe der Wohnung des W. in Moabit. W. hat bei der Firma gelernt und schon ein Jahr als Geselle gearbeitet. Die eigentliche Ursache soll Krankheit sein, und deshalb ist die Firma damit einverstanden, daß W. einen Kriegsschein erhält, wenn er ein ärztliches Zeugnis beibringt.

Der Dreher R. von der Firma G. in Friedenau will einen Kriegsschein, weil er auf Veranlassung der Militärbehörde in einem Spandauer Betrieb in Arbeit treten soll. R. selbst hat nicht den Wunsch, von der bisherigen Firma fortzugehen. Auf Wunsch des Kriegsaussschusses steht sich die Firma G. mit der Militärbehörde in Verbindung, um die Weiterarbeit des R. bei der Firma G. zu ermöglichen.

Der Mechaniker B. von der Firma K. verlangt den Kriegsschein, weil der Arbeitspreis zu niedrig ist. B. war mit dem Preis nicht einverstanden, worauf ihm von der Firma erklärt wurde, wenn er mit dem Preis nicht einverstanden sei, könne er gehen. Damit war die Entlassung ausgesprochen. Trotzdem hat die Firma den Kriegsschein verweigert. B. wird der Schein zugesprochen.

66 Schlosser und Dreher der Firma A., Reinickendorf, verlangen den Kriegsschein, weil bei der Firma die in Kommissionen tätigen Arbeiter sehr bald ihre Einberufung erhalten, hingegen andere, meist jüngere Arbeiter nicht einberufen werden. Der Vertreter der Firma erklärt, daß sie keinerlei Einfluß auf die Einberufungen ausüben und dies nur eine Maßnahme der Militärbehörde sei. Von den Arbeitern wird dies bestritten und unter Angabe bestimmter Vorgänge auf das eigentümliche Verhalten des antwortenden Vertreters der Firma aufmerksam gemacht. Die Direktion selbst ist bei der Verhandlung nicht vertreten, die Sache wird bis zur nächsten Sitzung vertagt und gewünscht, daß die Direktion zur Stelle sein möge.

Der Schlosser B. bei der Firma M. ist seit 14 Tagen beschäftigt und hat jetzt 1,10 M Lohn. Er wurde mit 1 M eingestellt. Die Firma ist bereit, zu gegebener Zeit weitere Zulagen zu gewähren. Damit erklärt sich der Schlosser B. einverstanden.

Der Arbeiter R. von derselben Firma verlangt einen Kriegsschein, weil der Lohn zu gering ist. Der Lohn beträgt einschließlich Kriegszulage 7 1/2 % S. Die Firma erklärt sich freiwillig bereit, den Schein zu erteilen.

Der Arbeiter Sch. von der Firma S. & P. verlangt den Schein, weil ihm die Arbeit zu gefährlich erscheint. Es handelt sich um den Transport von Gütern. Der Kriegsaussschuß empfiehlt, die Verhandlungen im Betrieb fortzusetzen. Für den Fall, daß eine Verständigung nicht erfolgt, soll Sch. den Kriegsschein erhalten.

### Unser Verband in der 103. Kriegswoche

Die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 103. Kriegswoche ist in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt. Trotz Mahnung haben nicht berichtet: Böbau, Stendal, Tangermünde, Jorke, Uterlen, Erier, Friedrichshafen, Vörrach, Neustadt a. D., Oberndorf, Zweibrücken und Lindau.

Überblick über die Zeit vom 16. bis 22. Juli 1916.

Wochentag	Verwaltungskosten haben		Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Geer einbezogen	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	Von Hundert	Zusammenhang
	berichtet	nicht berichtet							
1.	36	—	6219	71	27	6148	8	0,1	44
2.	30	—	4863	57	41	4806	11	0,2	150
3.	32	—	7603	66	38	7567	33	0,4	73
4.	62	1	35532	619	308	35013	182	0,4	850
5.	30	3	29259	313	162	28946	59	0,2	894
6.	42	1	23955	235	82	23720	39	0,1	272
7.	37	—	24569	228	95	24341	30	0,1	274
8.	27	1	10000	89	60	9911	29	0,3	159
9.	46	5	16917	105	56	16812	687	4,1	200
10.	39	1	19355	169	51	19186	403	2,1	1893
11.	1	—	52631	171	171	52460	324	0,6	1634
Zus.	422	12	235903	2023	1081	233830	1775	0,8	5873

Einzigartig der im Laufe der Woche Zugewonnen und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswache wurden (außer Berlin) 1528 neue Mitglieder aufgenommen und 576 Mitglieder meldeten sich zum Militär zurück.

Die Zahl der krank gemeldeten Mitglieder stieg von 3740 in der 102. Kriegswoche auf 3845 in der 103. Woche.

In der Berichtswache wurden 12241 M. Unterstützung an kranke Mitglieder ausbezahlt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Stürmer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 13. August der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. August 1916 fällig ist.

### Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsrat Eberwalde für die 1., 2. und 3. Klasse je 10 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die am 1. August 1916 in Kraft getretenen neuen Postgebühren werden von vielen Geschäftsführern, Verwaltungsstellen zc. nicht genügend beachtet. In den letzten Tagen gingen beim Vorstand eine große Anzahl ungenügend freigemachter Sendungen ein. Die Geschäftsführer, Verwaltungen und Mitglieder werden darum gebeten, bei ihren Sendungen die

### neuen Postgebühren

genau zu beachten. Es kosten seit dem 1. August 1916

**Briefe:**

Im Orts- u. Nachbarortverkehr bis zum Höchstgewicht von 250 g und im Verkehr der Kontoinhaber mit den Postfachadressierten 7 1/2 %  
 Im sonstigen Inlandsverkehr, im Verkehr mit den Verkehrsstellen im Generalgouvernement Warschau und im Stappengebiet des Oberbefehlshabers Ost und mit Österreich-Ungarn bis 20 g . . . . . 15 %  
 Über 20 g bis 250 g Höchstgewicht . . . . . 25 %  
 Rohrpostbriefe . . . . . 85 %  
 Im Auslandsverkehr bis zu 20 g . . . . . 20 %  
 Für jede weiteren 20 g . . . . . 10 %

**Postkarten:**

Im Ortsverkehr . . . . . 5 1/2 %  
 Inland und Österreich-Ungarn . . . . . 7 1/2 %  
 Mit Rückantwort . . . . . 15 %  
 Rohrpostkarten . . . . . 30 %  
 Ausland 10 %, mit Rückantwort . . . . . 20 %

**Wertbriefe:**

Bis 250 g auf Entfernungen bis 75 km . . . . . 30 %  
 Alle weiteren Entfernungen . . . . . 50 %  
 Versicherungsgebühr für je 300 M 5 %, mindestens aber . . . . . 10 %

**Pakete:**

I. Zone bis 5 kg . . . . . 30 %  
 II. bis V. Zone bis 5 kg . . . . . 60 %  
 Für jedes weitere kg treten zu der Gebühr des 5 kg-Paketes in der I. Zone 5 %, II. 10 %, III. 20 %, IV. 30 %, V. 40 % hinzu, außerdem für jedes Paket über 5 kg in der I. Zone 5 %, auf alle weiteren Entfernungen 10 % Steuerzuschlag.

**Telegramme:**  
 Jedes Wort 7 %, mindestens aber 70 %. Stadtverkehr 5 %, mindestens 60 %.  
 Alle sonstigen Sendungen, wie Druckfaden, Geschäftspapiere, Postanweisungen zc., sind wie bisher freizumachen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postfachkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16, 1.  
 Bei allen Geldsendungen, sei es mit Postkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungsstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.  
 Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.  
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Berichte

### Metallarbeiter.

Berlin. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle für das erste Vierteljahr 1916 zeitigte eine so lebhaft ausgefallene Aussprache, daß sie vier Abende in Anspruch nahm. Aus dem Kassierbericht geht hervor, daß die Einnahmen der Hauptkasse 430 751,75 M betragen. Unter den Ausgaben befinden sich 250 000 M, die an die Hauptkasse abgeführt wurden. Die Einnahmen der Ortskassen betragen 2 142 156,65 M, ihr Bestand war am 1. April 1916 1 533 270,78 M. Wie der Kassier bemerkt, hat der Bestand der männlichen Mitglieder auch im 1. Vierteljahr noch etwas abgenommen, während der Bestand der weiblichen Mitglieder zugenommen hat. Der Mitgliederbestand am Schluß des 1. Vierteljahres war auf Grund der geleisteten Beiträge 51 751. Einer Anregung entsprechend erklärte sich die Generalversammlung damit einverstanden, daß den Angehörigen des Verbandes eine weitere Erziehungszulage gegeben wird, deren Art und Höhe von der Ortsverwaltung festgesetzt werden soll. Sodann wurden die an die Generalversammlung gestellten Anträge erledigt. Zwei von Barth gestellte Anträge befaßten sich mit der Fürsorge für Kriegsveterane. Der erste Antrag will die Umgestaltung der im Kriegsaussschuß mit den Unternehmern getroffenen protokollarischen Abmachungen in feste, unterchriftlich anerkannte Verträge, während der zweite Antrag die beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zur Zeichnung von Initiativanträgen verpflichten will, um eine gesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge herbeizuführen. Der Antragsteller ist der Meinung, die von den Arbeitern verteidigte Initiative habe die Verpflichtung, für in ihrem Interesse Verletzte zu sorgen. Mit bloßem Wohlwollen sei den Kriegsbeschädigten nicht gedient, sie fordern bestimmte Rechte. Prüfe man nach, so würde man, daß auch von unserer Ortsverwaltung nicht alles geschehen sei, was im Interesse der Beschädigten notwendig ist. Dies müßte nachgeholt werden, wolle man nicht Gefahr laufen, daß die Kriegsbeschädigten zu Lohnbrüdern werden. In der Geschäftsstelle des Kriegsaussschusses, Schlegelstraße, müßte die volle Parität gewahrt werden. Den Unternehmern müßte jede Möglichkeit genommen werden, die Rechte der Beschädigten in Anrechnung zu bringen. In den Betrieben müßten Arbeiterausschüsse vorhanden sein, die den Beschädigten bei Beschwerden zu ihrem Recht verhelfen. Erst wenn dies nicht möglich, sei der Kriegsaussschuß anzurufen. Der Antragsteller geht ferner in längeren Ausführungen auf seinen zweiten Antrag ein und fordert für die Kriegsbeschädigten volle Koalitionsfreiheit. Des weiteren fordert er strenge Bestrafung aller Arbeitgeber, die die Beschäftigung oder Weiterbeschäftigung vom Aussittir oder der Zugehörigkeit zu einer nach § 152 erlaubten Vereinigung abhängig machen. Diefen Forderungen sei von den Abgeordneten in den Parlamenten der größte Nachdruck zu verleihen. In der Aussprache betonte R. Müller gleichfalls das Ungenügende der protokollarischen Abmachungen, und zwar aus prinzipiellen Gründen. Er verlangt gleichfalls schriftliche Abmachungen. Der bisherige Tätigkeit auf diesem Gebiete weise er keinen Wert bei. Der Redner stellte einen entsprechenden Zusatzantrag zu dem Antrage Barth. Gegen die Ausführungen Müllers wendete sich C. Cohen. Er erkläre in den Ausführungen Müllers eine Verneinung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Lage der Kriegsbeschädigten werde durch die Annahme des Antrages Müller auf keine andere. Auf die Anträge von Barth eingehend betont Cohen, die geforderte Parität in der Geschäftsstelle sei vorhanden. Jederzeit stehe der Organisation das Recht der Kontrolle über diese Einrichtung zu. Ebenso herrsche in dem Kriegsaussschuß selbst volle Einmütigkeit darüber, daß die Rechte der Kriegsbeschädigten bei Bemessung des Arbeitslohnes nicht in Anrechnung kommen darf. Bei Akkordarbeit müßten den Beschädigten der für gesunde Arbeiter in Frage kommende Satz gezahlt werden. Er sei mit Barth über die Verpflichtung der Organisation, den Kriegsbeschädigten zu helfen, einer Auffassung.

Aus diesem Grunde seien er und die Mehrzahl der Verwaltungsmitglieder in der Kriegsbefähigtenfürsorge tätig. Nur über den einzuschlagenden Weg, um schnelle Hilfe zu bringen, sei er anderer Meinung als Barth. Anstelle der im Antrage geforderten Arbeiterausschüsse halte er den unmittelbaren Weg zum Kriegsaussschuß, also zur Organisation, bei Beschwerden für den richtigen Weg. Natürlich dürfe es Entlassungen von Kriegsbeschädigten wegen Beschwerden unter keinen Umständen geben. Es müsse alles getan werden, was möglich ist, zum Schutze der Kriegsbeschädigten, doch werde auch bei Weichen der besten Einrichtungen sehr viel auf die Haltung der gesunden Kollegen im Betrieb zu den Kriegsbeschädigten ankommen. Es bestehe zwischen Barth und der Ortsverwaltung das Einverständnis, daß beide Anträge der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiegen werden. Die Generalversammlung beschloß einstimmig dementsprechend. Der von Müller gestellte Zusatzantrag wurde von diesem zurückgezogen. Vier weitere zur Beratung stehende Anträge von Reihhose, Sparrmann, Sachdel und Diefner verlangten die Einführung von Extrabeiträgen für den Kriegshilfsfonds. Die ersten drei Anträge bezogen sich auf obligatorische Beitragszahlung, der letzte freiwillige Zahlung. Die Abstimmung ergab die Ablehnung aller vier Anträge. Wie in der Aussprache von einzelnen Rednern betont wurde, genügen bei hinfälliger Bekämpfung der Vertrauensleute die vorhandenen freiwilligen Sammlungen den Ansprüchen an den Kriegshilfsfonds. Ein Antrag von Jaffaer, die Jahresberichte den Teilnehmern der Generalversammlung fünf bis sechs Wochen vor der Generalversammlung zuzustellen, wurde nach kurzer Erörterung der sich entgegenstellenden technischen Schwierigkeiten gegen heurige Entschloß abgelehnt. Ein von R. Müller als Zusatz zum § 10 des Ortsstatuts gestellter Antrag verlangte: „Anträge, welche in der Generalversammlung gestellt werden, gelten als Dringlichkeitsanträge. Ueber die Zulässigkeit entscheidet die Generalversammlung. Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit gestellt werden. Ueber diese entscheidet in jedem Falle die Generalversammlung. Nach Erledigung der Tagesordnung wählt die Generalversammlung eine Kommission von 5 Mitgliedern, die den Bericht für den Vorwärts und die Metallarbeiter-Zeitung ausarbeitet. Mitglieder der Ortsverwaltung sind wählbar, jedoch dürfen höchstens zwei der Kommission angehören.“ Wie Müller ausführte, habe die unterschiedliche Behandlung aus der Mitte der Versammlung gestellter Anträge durch Cohen die Veranlassung zu diesem Antrag, Absatz 1, gegeben. Die Annahme des zweiten Absatzes sei nötig, um völlige Klarheit zu schaffen. Die Annahme des dritten Absatzes sei nötig, um klare und übersichtliche Berichte über unsere Generalversammlung zu bekommen. Besonders der letzte Absatz im Vorwärts sei entfallen. Nicht zu finden seien die Beschlüsse: die Haltung der Generalversammlung zu dem Parteistreit. Un glaublich sei die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung. Diese müsse durch die Wiedergabe klarer, vollkommener Berichte unsere Meinung kennen lernen. Auch die Ortsverwaltung habe den letzten Bericht geprüft und selber gutgeheißen. Er verlange objektive Berichterstattung. Berichte von der Verbandsleitung selbst gegeben, seien nicht objektiv. Darum beantrage er im dritten Absatz die Einsetzung einer Redaktionskommission. Zu der Aussprache wurde von Cohen hiergegen eingewandt: Die Aufzeichnungen des Schriftführers seien von der mittleren Ortsverwaltung geprüft und gegen zwei Stimmen gutgeheißen worden. Im Vorwärts seien die angenommenen Resolutionen den in Frage kommenden Instanzen übermittelt worden. Müller sei selbst mit der Veröffentlichung einverstanden gewesen. In früheren Jahren sei der Berichterstatter des Vorwärts in unseren Generalversammlungen gegen gewesen. Nachdem derselbe aber mehrfach wegen der Berichterstattung angegriffen wurde, seien die Berichte von einem Verwaltungsmittel geschrieben worden. Uebrigens sei der Antrag des Kollegen Müller bezüglich der Redaktionskommission schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Veröffentlichungen des Verbandes zu den Aufgaben der Ortsverwaltung gehören. Das könne durch Beschlußfassung irgendwelcher Art nicht geändert werden. Die Annahme des ersten Absatzes des Antrages Müller bedinge eine Änderung des § 10 des Ortsstatuts überhaupt, und dies müsse vorher geschehen. Auch § 7 Absatz 2 des Ortsstatuts müsse geändert werden. Nach dem bestehenden Ortsstatut müssen alle Anträge, die der Generalversammlung vorgelegt werden, vorher durch die Bezirksversammlung gehen. Der Antrag Müller bringe eine Schmälerung der Rechte der Mitglieder, und demselben könne er nicht willigen. Damit die Mitglieder selbst entscheiden können, ob sie mit einer Minderung ihrer Rechte einverstanden sind, müsse für den Fall der Annahme dieses Absatzes eine Abstimmung vorgenommen werden. Absatz 2 des Antrages (Geschäftsordnungsanträge betreffend) spreche eine Selbstverständlichkeit aus. Natürlich könne es sich aber nur um Anträge im Rahmen des Statuts handeln. Zusammen, der bisherige Schriftführer, erucht, trotzdem er dem Antrage Müller die Berechtigung nicht absprechen könne, um dessen Ablehnung. Er bitte, den neuen Schriftführer nicht durch eine Überwachungskommission zu belasten, vielmehr erucht er um die Annahme des Antrages: Die Berichte für den Vorwärts und die Metallarbeiter-Zeitung sind vom Schriftführer herzustellen. Sie sind unverändert durch den Schriftführer den in Frage kommenden Schriftleitungen zuzustellen. Müller zog darauf den Absatz 3 seines Antrages (Redaktionskommission) zugunsten des Antrages Jämer zurück. Nach weiteren lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Cohen, Siering, Jämer und Müller und nach Abgabe einer Erklärung des jetzigen Schriftführers Ruch, sich von keiner Seite beeinflussen zu lassen, nimmt die Generalversammlung die Abstimmung vor. Der Antrag Jämer wird einstimmig angenommen mit der von Cohen vorgeschlagenen Maßgabe: „Unter Verantwortung der Ortsverwaltung“. Auf Vorschlag von Cohen wird über Absatz 1 und 2 des Antrages Müller eine Abstimmung nicht vorgenommen, die Generalversammlung ist damit einverstanden, daß, um Anträge wie die von Müller gestellten anzunehmen, eine Änderung des Ortsstatuts vorausgehen müsse. Hierzu aber müßten erst statutengemäß Anträge an die Generalversammlung gelangen. Als letzter Punkt der Tagesordnung lagen der Bericht und die Vorschläge der im September 1915 eingesetzten Reformkommission vor. Wie Siering als Berichterstatter der Kommission ausführte, hätten 17 Sitzungen zur Prüfung der von R. Müller eingereichten Richtlinien zur Reorganisation der inneren Organisationseinrichtungen stattgefunden. Nach eingehenden Beratungen schloß die Reformkommission vor: 1. Die Einrichtung einer Reichs-Kassierstelle, bestehend aus a) Betriebskassier, b) Abteilungskassier, c) losem Akten. Das zur Instandhaltung nötige Material solle hauptsächlich durch statistische Erhebungen ermittelt werden. 2. Eine Aufhebung des jetzigen Meldebürowesens und Zentralisierung desselben im Büro. 3. Eine Umänderung der Meldung der Arbeitslosen, die sich jedoch nur auf die Erhebung statistischen Materials erstreckt. 4. Die Ausfertigung von Kandidaten zu Verbandstagen und Kongressen nach bestimmter, vorgeschlagener Grundföhen vorzunehmen. 5. Zur Durchführung einer gewissenhaften Vertragsregulatur und zur Befestigung der recht erheblichen Mängel in der Beitragsleistung beantragt die Reformkommission gleichfalls die Einführung des Hauskassierensystems mit der Maßgabe, daß die Kassierung durch besoldete Hauskassierer erfolgt. In Bezirken, in denen sich die Anstellung nicht lohnt, soll die Kassierung durch Hauskassierer im Nebenamt erfolgen. Dem zweiten Teil der Richtlinien Müllers habe die Reformkommission nicht zustimmen können. Nach ihrer Ansicht sei das jetzige System der Bezirke- und Bezirks-Agitationskörperschaften das Beste und darum beizubehalten. Auch die von Müller geforderte Gruppenbildung sei von der Kommission abgelehnt worden. Im übrigen eruchte die Kommission um Annahme ihrer Vorschläge, deren übrige Einführung durchaus notwendig sei. Ein hierzu von Müller eingegabener Antrag: „Einen Agitationsplan der nächsten Jahresgeneralversammlung vorzulegen“, fand keine Begründung, da Antragsteller eingezogen, also nicht anwesend ist. Baranowski ergänzte die Ausführungen Sierings. Die Reformkommission eruchte nur um die prinzipielle Zustimmung der Generalversammlung. Die endgültige Durchführung der Vorschläge folle der Ortsverwaltung übertragen werden. In eine weitere Beratung der Reformvorschläge trat die Generalversammlung nicht ein, beschloß vielmehr, diese und den Antrag Müller, den Agitationsplan betreffend, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung

# Rundschau

## Gewerbegerichtliches.

**Unfall und § 616.** Kann der für längere Zeit an der Dienstleistung verhinderte Arbeiter Fortzahlung des Lohnes für einen verhältnismäßig nicht erheblichen Teilschnitt fordern? (W.G. § 616. — Urteil des O.G. Nürnberg vom 15. Mai 1916. Eingekandt vom Vorsitzenden Gewerberichter Müller.)

Der Kläger, der beim Beklagten seit 17. Mai 1915 als Geizer zuletzt gegen 34 M. Wochenlohn und ohne Vereinbarung über die Kündigungsfrist in Arbeit stand, wurde am 19. April 1916 infolge Unfalls arbeitsunfähig. Am 8. Mai 1916 verständigte er den Beklagten davon, daß er am 15. Mai bei ihm die Arbeit wieder aufnehmen könne, wozu er sofort entlassen wurde. Kläger forderte für die ersten 14 Tage seiner Arbeitsunfähigkeit, d. h. für die Zeit vom 19. April bis 3. Mai 1916 einschließlich, die Fortzahlung seines Lohnes unter Abzug des von der Ortskrankenkasse bezogenen Krankengeldes in Höhe von 51 M. 10 S.

Der Beklagte wurde beurteilt. Aus den Gründen: Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird (§ 616 W.G.). Der Wortlaut dieser Bestimmung verhindert nicht, daß der genannte Anspruch nur dann besteht, wenn die Verhinderung sich nur auf eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit erstreckt, daß dagegen bei einer längeren Verhinderung dem Dienstpflichtigen keinerlei Anspruch auf Vergütung zusteht, auch nicht auf die Dauer einer verhältnismäßig nicht erheblichen Zeit. Das Gericht ist aber der Ansicht, daß dieser Schluss dem Willen des Gesetzgebers widersprechen würde. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb ein nur für kurze Zeit Erkrankter den Lohn für die ganze Dauer seiner Erkrankung, ein für längere Zeit erkrankter Arbeiter aber überhaupt keine Vergütung erhalten sollte. Offensichtlich wollte das Gesetz den Dienstpflichtigen, auf die der Sondertatbestand des § 122 W.G. und des § 63 W.G. keine Anwendung findet, die Vorteile dieser Bestimmungen wenigstens zum Teil gewähren. Der erkrankte Dienstpflichtige hat Anspruch auf Vergütung für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit, gleichviel, ob er längere oder längere Zeit an der Dienstleistung verhindert ist.

Ueber den Begriff der „verhältnismäßig nicht erheblichen Zeit“ macht das W.G. keine näheren Angaben. Von Ausnahmefällen abgesehen, ist bei Verträgen auf unbestimmte Zeit die Kündigungsfrist als diese Zeitspanne anzusehen. Mangel einer Vereinbarung über die für den Fall der Auflösung des Arbeitsverhältnisses eingehaltende Kündigungsfrist konnte das zwischen den Streitparteien bestehende Arbeitsverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 14 Tagen gelöst werden (§ 122 W.G.). Als verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 616 W.G. gilt deshalb für den vorliegenden Fall die Dauer von 14 Tagen.

Der mit der Klage geltend gemachte Anspruch auf Bezahlung des Lohnes auf die Dauer von 14 Tagen nach Eintritt der Erkrankung abzüglich des von der Ortskrankenkasse Nürnberg bezogenen Krankengeldes im Betrage von 51 M. 10 S., der der Höhe nach nicht bestritten ist, besteht deshalb zu Recht, da auch festgestellt ist, daß die Verhinderung des Klägers an der Dienstleistung ohne sein Verschulden eingetreten ist. (Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Nr. 10 vom 1. Juli 1916.)

### Dank an die Rüstungsarbeiter.

**Berlin, 1. August.** Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht nachstehenden Dankeslaß:

Ueber der unauflöslichen Dankeschuld gegen unsere todesmutigen Kämpfer dräufte ich und wird ganz Deutschland niemals bezogen, die in der Heimat in treuer Pflichterfüllung so tollkühn tätig waren und tätig sind, alle Streitmittel in vorbildlicher Vollkommenheit zu schaffen, die Heer und Marine zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben Tag für Tag brauchen.

Ich beauftragte Sie, meinen und des Vaterlandes besonderen Dank allen denen auszusprechen, die in nimmer ruhender Geistesarbeit über an der Werkbank, am Schmelzofen oder im tiefen Schacht ihr bestes hergaben, um unsere Rüstung stark und unüberwindlich zu erhalten. Gleicher Dank gebührt auch den tapferen Frauen, die dem Gebote der Stunde gehorchend, zu ihren in dieser Zeit wahrlich nicht leichten Frauenpflichten gern auch die harte Männerarbeit auf sich genommen haben. Sie alle dürfen mit Recht das stolze Bewußtsein in sich tragen, an ihrem Teile mitgewirkt zu haben, wenn die Ansprüche der Feinde bereitet wurden, der Sieg auf unserer Seite war.

Daß diese Männer und Frauen fortzuführen werden, in der Zeit schwersten Ringens mit dem bisher bezogenen Opfermut und mit treuester Hingabe dem Vaterlande bis zum siegreichen Ende zu dienen, dessen bin ich gewiß.

Großes Hauptquartier, 1. August 1916. Wilhelm. An den Kriegsminister.

**Großes Hauptquartier, 1. August 1916.** Vorstehenden Allerhöchsten Dankeslaß bringe ich hiermit zur Kenntnis aller zuständigen Militärbehörden mit dem Auftrage, ihn unterzüglich den in den Staats- und Privatbetrieben bei der Herstellung von Heeresbedarf jeglicher Art tätigen Männern und Frauen bekanntzugeben und ihnen den Kaiserlichen Dank in geeignet erweiterter Weise, durch Anpreisung der Anschläge, zu übermitteln. Der Kriegsminister: Bild von Hohenzollern.

### Überwachung des Feldpostbriefverkehrs.

Das preussische Kriegsministerium gibt bekannt: Im Interesse der Landesverteidigung und mit Rücksicht auf die militärischen Operationen müssen die Kommandobehörden zeitweise eine vorübergehende Überwachung des Feldpostbriefverkehrs anordnen. Auf diese Maßnahmen kann aus rein militärischen Rücksichten zeitweilig verzichtet werden.

Der einzige Raum kommt trotz mehrfacher Belehrungen oft nicht zu dem vollen Bewußtsein, wie gefährlich auch schon die kleinste Andeutung unzulässiger Äußerungen in Familienkreisen wirken und wie sie im Geheimen von heimlich erzielten Geheimsache nachgehenden Personen ausgebeutet werden kann. — Es ist dringend nötig, daß jeder Heeresangehörige dieser Gefahr bewußt wird und daß er lieber in solchen Angelegenheiten der Postüberwachung dem Vaterlande das Opfer bringt, seine Briefe so abzugeben, daß sie von seinen Vorgesetzten gelesen werden können, als daß er sich durch diese Maßnahmen behindert und bedrückt fühlt. — Soweit der Dienst und die militärische Lage es irgend gestatten, wird bei dieser Postüberwachung dem Empfänger der Heeresangehörigen in jeder Weise entgegenzukommen und die Beförderung der Briefe ohne Verzögerung herbeizuführen.

Erwünscht wäre es auch, wenn alle Angehörigen dahem sich die Wichtigkeit solcher Anordnungen klar machen. Sie erstreben lediglich den eintägigen Sieg und damit die Beendigung des Krieges.

### Die Kriegswaisenfürsorge der Volksfürsorge.

Die Gelegenheit gibt, auf dem Wege der Versicherung Kindern von geisteskranken Eltern Lehrgeld, Stipendium oder Auszubehilfen zu schaffen, kann allen Kriegswaisen mit gutem Gewissen empfohlen werden. Wenn im einzelnen Falle das Eingehen der Versicherung einer regelmäßigen Prämienzahlung für die Mutter oder für sonstige Verwandte von Kriegswaisen nicht möglich ist, so ist in Verbindung mit der Kriegswaisenfürsorge eine geeignete Reg. möglich gemacht. Wenn für einen Kriegsteilnehmer bei der Kriegswaisenfürsorge ein oder mehrere Anteilshome gelöst werden, so stellt nach Schluß des Krieges der Familie des im Kampfe gebliebenen Kriegsteilnehmers eine Versicherungssumme in einer Höhe zu, die in den meisten Fällen ganz in anderen Fällen für den größten Teil ausreichen wird, um für die hinterbliebenen Kriegswaisen die zum Abschluß einer Kriegswaisenfürsorge bei

der Volksfürsorge notwendige einmalige Prämienzahlung leisten zu können. Auf diese Weise ist es möglich, für die Zahlung von 5 M. oder 10 M. nach Beendigung des Krieges den Abschluß von Kriegswaisenfürsorge ohne weitere Prämienzahlungen zu ermöglichen. Die Freunde der Volksfürsorge im Reich möchten wir ganz besonders auf diesen Weg hinweisen. Jede Arbeiterfamilie, deren Ernährer im Felde steht, wird nach dem Kriege eine Sicherstellung der Kinder mit Freude begrüßen, und keine Familie sollte deshalb versäumen, durch die Beteiligung bei der Kriegswaisenfürsorge sich für den Fall des Todes ihres Ernährers die leicht Durchföhrung einer Kriegswaisenfürsorge zu ermöglichen.

**Bei der Kriegswaisenfürsorge der Volksfürsorge** waren am 31. Juli 1916 für 49 776 Kriegsteilnehmer 73 683 Anteilshome gelöst und dafür 386 415 M. eingezahlt worden. Diese Summe kommt nach Schluß des Krieges reiflos unter die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten zur Verteilung.

### Zur Lage der Metallarbeiter in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.

Die Lohnverhältnisse der Metallarbeiter in der Badischen Anilin- und Sodafabrik entsprechen nicht dem heutigen teuren Lebensverhältnissen. Außer den Feuerungszulagen (in Höhe von 10 bis 20 M. monatlich, je nach Anzahl der Kinder) wurden die Löhne der Arbeiter während der Kriegszeit noch nicht aufgebessert und nur durch Zeilen von vielen Ueberstunden und Sonntagsarbeit war es den Arbeitern möglich, ihre Familien einigermaßen durchzubringen. Selbst die Feuerungszulage kommt in Wegfall, wenn mit Ueberstunden eine bestimmte Lohnhöhe erreicht wird. Nun hören aber in mehreren Abteilungen die Ueberstunden auf und die Arbeiter müssen mit ihrem niedrigen Normallohn heimgehen. In vielen Fällen kommen sie nicht über 36 M. Daß man bei der jetzigen teuren Lebensmittelpreisen damit nicht weit kommt, weiß jedermann. Besonders hart werden gelernte Handwerkerleute getroffen, die aus ihrer Werkstatt in die Fabrikation versetzt werden (angeblich wegen Mangel an Arbeitern). Diese erhalten dann statt ihres früheren Lohnes einen bedeutend niedrigeren. Auf Beschwerde dieser Arbeiter heißt es gewöhnlich: „Sie brauchen ja auch nicht einzurücken!“ Anders ist es bei Arbeitern, die aus Abteilungen mit niedrigerem Stundenlohn in Abteilungen mit höheren Stundenlöhnen versetzt werden. Diese behalten eben den niedrigen Lohn weiter. Eine besondere Täuschung erlebten rekrutierten und beurlaubte Soldaten. Ihnen wurden hohe Verdienste versprochen. Aber auch mit vielen Ueberstunden kommen sie nicht auf den versprochenen Lohn. Mehrere dieser Leute haben es dann vorgezogen, die Anilinfabrik wieder zu verlassen. Sie rücken lieber ein oder suchen in anderen Fabriken unterzukommen. (Pfälzische Post.)

## Vom Ausland

### Schweden.

**Erfolgreiche Lohn- und Streikbewegungen. — Feuerungszulagen.** In Brumtun, nahe der französischen Grenze, hatten die Arbeiter der Uhrenfabrik „Perfekt“ vor mehreren Wochen Lohnforderungen gestellt, deren Erledigung die Firma in böswilliger Weise verschleppte. Darauf hin traten am 15. Juli 40 Remonteurs und Termineure in den Streik und nun wurde auch die Firma etwas beweglicher und lebhafter. Es wurde unterhandelt und die Forderung einer Lohn-erhöhung von 8 bis 30 v. H. erfüllt, wozu nach dreitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Man ersieht aus diesem sehr einfachen Falle wieder, wer Streiks verschuldet.

In den Silberfabriken (Wiel etc.) ist durch Schiedsgericht der freie Samstagmittag für die Monate Mai bis August eingeführt worden. Im Bedarfsfalle sollte aber auch an diesem Nachmittag gearbeitet werden.

Für die Spengler in Zürich und Bern haben die Spenglermeister statt der geforderten und von ihnen abgelehnten Lohn-erhöhungen folgende Feuerungszulagen nach einem Schieds- spruch zu entrichten: 1. In Bern: a) Den Verheirateten mit Kindern bis zum zurückgelegten 15. Altersjahre, den kinderlosen Verheirateten, sofern die Frau nicht einen Nebenverdienst hat, sowie den unterstützungspflichtigen Ledigen, den kinderlosen Verheirateten mit Frauen, die einen Nebenverdienst haben, sowie den Verheirateten mit Kindern über 15 Jahren Fr. 2.— in der Woche. 2. In Zürich: a) Den Verheirateten mit Kindern bis zum zurückgelegten 15. Altersjahre, den kinderlosen Verheirateten, sofern die Frau nicht einen Nebenverdienst hat, sowie den unterstützungspflichtigen Ledigen, den kinderlosen Verheirateten mit Frauen, die einen Nebenverdienst haben, sowie den Verheirateten mit Kindern über 15 Jahren Fr. 2.— in der Woche. Die Feuerungszulagen sind auszuzahlen vom Tage der Ausfüllung des Schiedspruches (8. Juli 1916) bis zwei Monate nach Friedensschluß, spätestens bis zum Ablauf der Vertragsdauer. Den im Laufe der Woche austretenden Arbeitern ist die Feuerungszulage nach Maßgabe der geleisteten Arbeit zu bezahlen.

Auch in zahlreichen Fabriken wurden wieder Feuerungszulagen, zum Teil allerdings nur in bescheidenem Maße bewilligt. Der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinenindustrieller hat sich wieder eine neue Lohnpolitik zurechtgemacht. Er hält seine Mitglieder an, den Arbeitern Feuerungszulagen, aber keinerlei Lohn-erhöhungen zu bewilligen, da letztere jederzeit wieder wegbehalten werden können. Die schlaunen Herren dürften sich damit aber verrechnen.

### Norwegen.

Zur Entscheidung des Zwangsschiedsgerichts (Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung) bemerkte Jern og Metallarbeideren, das Monatsblatt unseres norwegischen Arbeiterverbandes, in seiner Nr. 5 vom Juli unter anderem folgendes:

Das erste Urteil in Arbeitsstreitigkeiten wurde auf diese Weise ein Zugeständnis, daß unsere Forderungen voll berechtigt waren. Ferner wurden zwei von den Grundprinzipien der Unternehmer — Leistungs- und Ferienfrage — über den Haufen gerannt. Dieses Ergebnis hat viele verleitet, zu glauben, daß das Schiedsgericht doch wohl etwas gutes sei, das für die Arbeiter vorteilhaft wirken würde. Wir fürchten jedoch, daß diese sich bald getäuscht sehen werden. Wenn nämlich eine Schiedsgerichtsentscheidung überhaupt je zum Vorteil der Arbeiter ausfallen sollte, so mußte es jetzt sein. Die Feuerung ist so fürchtbar wie sie nur werden kann und die Industrie hat dringenderen Geschäftszweigen mit gutem Gewiss. Es lag diesmal alles bereit, so daß ein vorurteilsfreies Recht schwerlich an unseren Forderungen vorbeikam. Dazu kommt, daß unsere Gewerkschaft jetzt so stark ist, daß man damit rechnen mußte, daß wir uns nicht in Gehuld fassen würden, wenn das Ergebnis uns nicht zufriedenstellte. Diese Umstände haben ohne Zweifel an schwachen gewonnen und wir müssen davor warnen, daß man sich dabei beruhige und sich einbilde, unsere Organisation sei jetzt überflüssig. Es wird sich sicher bald zeigen, daß eine gute Organisation mindestens eben so sehr, wenn nicht gar noch mehr notwendig ist. Unsere Aufgabe muß darum jetzt wie früher sein, unsere Organisation zu stärken und danach zu trachten, die gewonnenen Vorteile beizubehalten.

## Vorbands-Anzeigen

**Mitglieder-Versammlungen.**  
**Orkenen.**  
 (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)  
 Samstag, 16. August:  
 8 Uhr. Gewerkschaftshaus, halb 9.  
 Samstag, 19. August:  
 8 Uhr. Bornbrück, halb 9 Uhr.  
**Sachsen.** Max Götchen, Goldarbeiter, 34 Jahre, Lungenleiden.  
 — Joh. Wiesel, Schmied, 26 Jahre, Lungenleiden.  
**Stettin.** Gewerkschaftshaus, halb 9.  
**Schweden.** Bornbrück, halb 9 Uhr.  
 — R. Harb Engelman (104).

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckeri und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 15 B.

Nu sehen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Vor Eintritt in dieselbe war von H. Müller folgende Verlesung des letzten Berichtes im Vorwärts eingebracht und Aufnahme im obigen Bericht zugelegt worden: „Im Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin kommt nicht genügend klar zum Ausdruck, daß die Generalversammlung fast einstimmig durch die Annahme der Resolution Müller scharfen Protest dagegen eingelegt hat, daß die Konföderation der Gewerkschaftsvorstände und das Korrespondenzblatt der Generalkommission, sowie auch die Generalkommission selbst in den bekannten Grundgebungen sich in den Parteistreit einmischen haben. Die Generalversammlung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein derartiges Verhalten nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört. Durch die Annahme einer Resolution hat die Generalversammlung sich auch entschieden gegen den Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung, betreffend „Neue Kriegsteuern“, da die in dem Artikel niedergelegten Ansichten: neuen Geist und Wesen der modernen Arbeiterbewegung verkörpern.“ — Am Schluß der Generalversammlung teilte Cohen der Generalversammlung noch folgendes Schreiben des Kriegsministeriums mit: „Unter Bezugnahme auf den kürzlich mündlich geäußerten Wunsch, teil Ihnen das Departement den Inhalt des Erlasses Nr. 1121/7. 15. C. 2 vom 21. Juli 1915 mit. Den aus Anlaß des jetzigen Krieges mit Rente und Kriegszulage versorgten Personen wird es bei ihrem Körperzustande trotz zeitweiliger eigener Bemühungen und trotz Eingetretens der Kriegsrisikoforgestellten nicht immer möglich sein, in absehbarer Zeit ihr früheres Arbeitseinkommen nur annähernd zu erreichen. Da eine gesetzliche Regelung erst nach dem Kriege wird erfolgen können, soll schon während des Krieges den Befähigten auf Antrag, der an den zuständigen Bezirksfeldwebel zu richten ist, aus hierzu bereitgestellten Mitteln, soweit angängig, im Unterstützungswege geholfen werden. Die Ersatztruppenteile, Bezirksfeldwebel und Pensionsregelungsbehörden sind angewiesen worden, die Renteneinsparungen hierauf hinzuweisen. Auch die Presse hat die Möglichkeit der Gewährung einer solchen Zuwendung hervorgehoben. — An den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herrn Adolf Cohen, hier C. 54.“

**Anmerkung der Schriftleitung.** Zu diesem Bericht haben wir zunächst zu bemerken, daß wir nicht nur den in Nr. 19 erschienenen Bericht aus Berlin nach Inhalt und Umfang so veröffentlicht haben, wie er uns zugegangen ist, sondern auch die anderen uns in letzter Zeit zugegangenen Versammlungsberichte aus Berlin. Die in Nr. 19 erwähnte Resolution ist uns im Wortlaut gar nicht zugefandt worden. Sollte also mit obiger Bemerkung über die „unglaubliche Haltung der Metallarbeiter-Zeitung“ gesagt werden wollen, daß wir aus Furcht vor dem Wortlaut der angenommenen Resolution Anmerkungen vorgekommen hätten, so müssen wir eine solche Unterstellung zurückweisen. Wir fürchten uns nicht vor Resolutionen. — Nach der Verlesung, die der Kollege Müller in der Generalversammlung abgegeben, wird also trotz unserer Erklärung zum Leipziger Versammlungsbericht in Nr. 19 — die auch für die Berliner Kollegen gilt — immer noch damit getrost, als ob wir in diesem Falle für indirekte Steuern eingetreten seien. Es wäre besser, wenn unsere Lesler sich wenigstens die Mühe nähmen, die Metallarbeiter-Zeitung auch zu lesen. Was sieht zum Beispiel in dem langen Hefttagsbericht in Nr. 18? Wer jetzt noch mit diesen Behauptungen frecht, der darf sich nicht beschweren, wenn man sagt, er tue es wider besseres Wissen. — Im Hinblick auf die Länge des obigen Berichtes und um über die Befugnisse der Schriftleitung keinerlei Zweifel bestehen zu lassen, sehen wir uns aber veranlaßt, auf die Beschlüsse, die hierüber von der Nürnberger Generalversammlung 1901 gefaßt wurden, hinzuweisen. Es handelte sich in Nürnberg unter anderem um die Ausschaltung des Inhalts der Metallarbeiter-Zeitung in wirtschafts- und sozialpolitischer, sowie in fachtechnischer Beziehung. Und da wurde in der angenommenen Resolution (Seite 221 des Protokolls) gesagt: „... Da es zu diesem Zwecke notwendig ist, weniger wichtige Stoffe aus der Zeitung wegzulassen, ermächtigt die Generalversammlung die Redaktion, alle Korrespondenzen, welche ein allgemeines Interesse nicht haben, fortzulassen.“ Und zur Begründung dieser Stelle der Resolution sagte der Berichterstatter Folgendes: „Der Leit unserer Resolution, welcher die Redaktion ermächtigt, Korrespondenzen ohne allgemeines Interesse abzulehnen, ist hervorgerufen durch die Tatsache, daß manche große Ortswirtschaften bisher die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung geradezu als ihr Protokollbuch betrachtet haben (Sehr gut!); dem muß getrennt werden, dann haben wir auch die Berechtigung, unserer Redaktion ganz energisch auf die Hilferufen zu treten, wenn sie den Wünschen der Mitglieder nicht nachkommt.“ — Die Nürnberger Beschlüsse bestehen noch zu Recht. Die Berliner Kollegen werden aber wohl zugeben müssen, daß wir gegen sie von unserer Befugnis bisher fast gar keinen Gebrauch gemacht haben. Wir glauben eben, die langen Berichte aus Berlin deswegen aufnehmen zu können, weil wir ihnen allgemeine Bedeutung beimessen. Diejenigen Berliner Kollegen, denen die Berichte noch nicht ausführlich genug waren, müssen wir aber doch daran erinnern, daß die Metallarbeiter-Zeitung nicht nur für sie alleine da ist.

**Wismar. Lehrlingserziehung in der Automobilfabrik von H. G. Rodens.** Die die Lehrlinge in diesem Betriebe erzogen werden, verdient in die Öffentlichkeit zu gelangen. Die Firma ist stark mit Heeresaufträgen versehen. Es wird deshalb mit Ueberstunden gearbeitet, was auch von den Lehrlingen verlangt wird, obgleich diese von den Arbeitern gewöhnlichen Feuerungszulage ausgeschlossen sind. Während nun die im Neubau beschäftigten Lehrlinge von den Arbeitern der Arbeiter einen gewissen Betrag erhalten, bekommen die drei in der Reparaturabteilung nichts, weil es Lohnarbeit ist. Alle drei lernen im vierten Jahre und haben einen Stundenlohn von 10 S., für Ueberstunden den üblichen Zuschlag von 20 v. H. gleich 2 S. Da den Lehrlingen dieser Verdienst zu gering war, verweigerten sie die Ueberstunden. Es wurden ihnen deshalb bei der letzten Lohnzahlung am 21. Juli 50 S. als Strafe abgezogen. Da sie trotzdem nicht länger arbeiten, entschieden sie den Beschluß, am 22. Juli nachmittags zum Obergericht einen Schluß zu fassen. Aufwendend war da noch der Meister Peters und ein zweiter Meister. Beide sind aus der heftigen Arbeiterchaft hervorgegangen. Auf die Frage des Obergerichtes an die Lehrlinge, ob sie länger arbeiten wollten, erklärten sich diese bereit, wenn ihnen die Strafe erlassen würde. Was, die Strafe erlassen? rief Herr Scholz, und der Meister Peters erwiderte: „Schlagen Sie die Jungen in die Presse!“ Und H. war ein sehr williges Beistimmen. Gleichzeitig griff Scholz einen Lehrling an. Da er allein mit ihm nicht fertig werden konnte, hielt Meister Peters dem Lehrling die Hände zusammen, während Herr Scholz ihn mit dem Kopf gegen die Wand ließ und mehrmals mit der Faust ins Gesicht schlug. So Herr Scholz hat, kann Meister Peters nicht leben. Er nahm sich den Lehrling vor und schlug ihm die Nase blutig. Als er sah, daß demnach kräftig wehrte, wurde er im weiteren Verlauf des Geschehens zu Boden gestürzt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Besonders bemerkenswert ist, daß der Lehrling mit einer Drohung davon kam. Aufgehoben deshalb, weil er der Kräftigkeit war den beiden nur und eines Schenkelschlagen in der Hand hatte. Meister Peters erhielt noch den Auftrag, vom Obergericht, daß die Lehrlinge jeden Abend nach acht Sonnenstunden einige Stunden zu arbeiten hätten. Nach dessen die beiden Lehrlinge antraten, wie Bestall ausgeben und Lager zuziehen. Siegen hat aber die Arbeiter vorhaben, die bisher die Reinigungsarbeit gemacht haben. Im Falle einer Zeigerung sollte Meister Peters den ersten Leuten Gegenstand nehmen, die Lehrlinge damit schlagen und wenn sie ist auf der Stelle liegen bleiben. Angeht dieser Drohung gegen die Lehrlinge vor, am 21. Juli nicht zur Arbeit zu gehen. Das den Meister Peters zu seiner Haltung in dieser Angelegenheit bemerkt, ist in den Eingangszeilen einigermaßen ersichtlich. Die beiden Lehrlinge dieser Angelegenheit sind nun jedenfalls der Meinung, durch ihre Handlungswiese den Lehrling als Lehrlinge betrogen zu haben, leider nur zu spät. Die Hauptsache der Arbeiterchaft ist aber die, daß diese beiden Meister gegen ihren Damm noch Geldentlohn auf einem der vielen Kampf-jahre wichtiger und ausdauernder beständig harrten. Oder sollte es die Mut bei ebenfallsigen Begaben in das Gegenteil herauskommen?